

Tarmed-Anpassung: Versicherer dämpfen Erwartungen

Vergangene Woche präsentierte Bundesrat Alain Berset die Anpassungen des Tarmed, die ab 1. Januar 2018 in Kraft treten. Während er sich davon **Einsparungen von knapp einer halben Milliarde Franken** verspricht, sieht der Dachverband der Krankenversicherer, santésuisse, diese Zahlen mit Skepsis.

Santésuisse verwies im Communiqué vom Freitag auf den Grundsatz, wonach «die Prämien den Kosten folgen». Sollte der Spareffekt durch den Eingriff 2018 geringer sein als die am Mittwoch von Gesundheitsminister Alain Berset angekündigten 470 Millionen Franken, «würde 2019 ein schmerzhafter Prämienprung drohen». Die Forderung von Berset an die Krankenkassen, 1,5 Prämienprozente für die gesenkten Tarife zu berücksichtigen, beurteilt der Verband kritisch. Es müsse damit gerechnet werden, dass die Einsparungen nicht im gewünschten Ausmass einträfen, gibt er zu bedenken. Mit einem Kostendämpfer von bis zu 1,5 Prozent rech-

net hingegen der Verband «Curafutura»: Statt vier bis fünf Prozent würden die Prämien «nur» um 2,5 bis 3,5 Prozent steigen.

Ärzte wehren sich mit eigener Initiative

Naturgemäss kommen kritische Stimmen zu den Eingriffen in den Tarmed vorwiegend aus der Ärzteschaft. Hier ist von «unsachgerechten Massnahmen» die Rede. Ausserdem erklären Chirurgen, dass operative und invasive ambulante Behandlungen durch die Änderungen nicht mehr kostendeckend erbracht werden können. Deshalb werde dann stationär behandelt – was wiederum die Kosten in die



Foto: iStock

Höhe treibt. Die verschiedenen Ärzteverbände wollen daher bis Mitte 2018 den Tarifpartnern eine Revision des ambulanten Tarmed vorschlagen. Hier sollen ambulante und stationäre Eingriffe einheitlich finanziert werden – an den Kosten für Spi-

talbehandlungen beteiligen sich die Kantone. Ambulante Eingriffe bezahlen die Versicherungen. Mit einer einheitlichen Finanzierung könne eine Milliarde Franken im Jahr gespart werden – bei gleicher Qualität, schrieb die Ärzteschaft. **mw/pd**

Kita-Fragen sollen gelöst werden

Mit einem Postulat versuchen die Abgeordneten der Unabhängigen (DU), Herbert Elkuch und Erich Hasler, die Regierung zu Lösungen zur Problematik der Kindertagesstätten zu bewegen. Ihr Ziel: **Inländervorrang und Gleichberechtigung der Tagesstätten und Familien.**

Elkuch und Hasler streben eine Änderung der Finanzierung der Fremdbetreuung für Kinder an. Von der Objektfinanzierung (Kita-Plätze) soll zu einer Subjektfinanzierung (Familie) gewechselt werden. Demnach wären für eine Unterstützung die Einkommens-, Vermögens- und familiären Verhältnisse der Familie entscheidend und nicht die Art der gewählten Fremdbetreuung (Kita, Tagesmutter etc.). «Mit der direkten Unterstützung der Familie würde eine Gleichbehandlung aller Familien und der Fremdbetreuungsinstitutionen erreicht», erklären die Elkuch und Hasler.

Seit 2011 wird der «Kita-Staatsbeitrag» nur an jene Kitas verteilt, die bereits damals Subventionen bezogen haben. Diese erhalten 15 000 Franken pro Jahr und Platz, unabhängig davon, ob die Kita-Plätze tatsächlich besetzt waren oder nicht. Die anderen Kitas erhalten auch für die

belegten Plätze keine Subvention. Diese Ungleichbehandlung überträgt sich direkt auf die Familien. Eltern, die für ihre Kinder keinen Platz in einer subventionierten Kita finden, erhalten keine Unterstützung, auch wenn die Einkommensverhältnisse dies rechtfertigten. Das ist nach Ansicht der Postulanten eine nicht länger tolerierbare Ungleichbehandlung inländischer Familien. Die Postulanten fordern deshalb, dass alle Familien endlich gleich behandelt werden und der vom Landtag für Fremdbetreuung genehmigte Betrag auf alle Familien aufgeteilt wird, welche auf eine Fremdbetreuung ihrer Kinder angewiesen sind.

Inländervorrang wie in der Schweiz

Eine weitere Forderung besteht darin, dass auch Familien unterstützt werden, die ihre Kinder bei einer Tagesmutter betreuen lassen.

Die unterschiedliche Behandlung von Kitas und Tageseltern finden die Postulanten stossend. «Eltern, die ihr Kind lieber von einer Tagesmutter betreuen lassen, weil sie eine einzige Bezugsperson bei der Kinderbetreuung vorziehen oder weil die Tagesmutter flexiblere Zeiten anbieten kann, sollen eine vergleichbare Unterstützung wie bei Kitas vorfinden», erklären die DU-Abgeordneten. Gemäss Postulat soll die Unterstützung zudem ausschliesslich auf inländische Familien beschränkt sein, so wie es auch in der Schweiz die Regel ist.

Familien mit sehr hohen Einkommen sollen die Kosten für die Kinderbetreuung selbst finanzieren. Bislang wurden auch diese Familien unterstützt, weil sie nie den vollen Preis bezahlen mussten. Aus Datenschutz- und weiteren Gründen soll zudem das Amt für Soziale Dienste (ASD) die Elternbeiträge festlegen und

nicht mehr der Verein Kindertagesstätten.

Einsparungen abklären

Die Postulanten machen auch Vorschläge für Kosteneinsparungen. «Die Regierung ist eingeladen, eine Angleichung der sehr grosszügigen Tarifstruktur unserer Kitas an diejenige in den benachbarten Kantonen und weitere kostensenkende Massnahmen zu prüfen», führen Elkuch und Hasler aus, die sich nach eigenen Aussagen für «die Förderung aller Familienmodelle einsetzen, unabhängig davon, ob die Betreuung der Kinder durch die Eltern selbst oder ausserhäuslich stattfindet». Das eingereichte Postulat lädt die Regierung vorerst ein, die Ungleichbehandlung in der Fremdbetreuung zu beseitigen.

Das Postulat wird an der ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause, am 5. September, behandelt.